

**Positionspapier  
des Ministeriums für Arbeit, Soziales,  
Frauen und Familie und  
des Ministeriums für Bildung, Jugend  
und Sport**

**zum Themenworkshop:**

*„Schulabbruch vermeiden und den gleichen Zugang  
zu einer hochwertigen Grund- und Sekundarbildung  
fördern“*

Stand: 05. Oktober 2012

**Gefördert durch das Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen  
und Familie aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds und des  
Landes Brandenburg**



**Positionspapier  
des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie und  
des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport  
zum Themenworkshop:**

*„Schulabbruch vermeiden und den gleichen Zugang zu einer hochwertigen Grund- und  
Sekundarbildung fördern“*

**Inhalt**

1	Situationsbeschreibung für Brandenburg bezüglich des Handlungsfeldes .....	3
2	Bezug zur arbeitspolitischen Strategie „Gute Arbeit für alle und sichere Übergänge“ des MASF .....	4
3	Aktuelle Aktivitäten und Interventionen .....	4
4	Schlussfolgerungen für die neue ESF-Förderperiode .....	5

Stand: 05. Oktober 2012

## 1 Situationsbeschreibung für Brandenburg bezüglich des Handlungsfeldes

- a) Stärken und Schwächen unter Einbeziehung der sozioökonomischen Analyse und weiterer statistischer Daten soweit relevant

Aus der SWOT-Analyse sowie weiteren Datenquellen u.a. des Amtes für Statistik Berlin-Brandenburg, Bildungsbericht 2012 des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) sowie die Schuldatenstatistik des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport (MBS) kann folgendes **Stärken-Schwächen-Bild** von Brandenburg gezeichnet werden:

Im Vergleich mit dem Bundesdurchschnitt ist die Quote der Schulabgänger/-innen ohne Schulabschluss in BB überdurchschnittlich. Im Jahr 2010 lag diese bei über 8 % (Schulabgänger/-innen aller weiterführenden allgemeinbildenden Schulen einschließlich der Förderschulen: Ende Schuljahr 2009/10 = 10,1 %, Ende Schuljahr 2010/11 = 8,6 %; Schuldatenerhebung MBS). Dies war zwar der niedrigste Wert für die neuen Bundesländer (inkl. Berlin), dennoch lag die Quote in Brandenburg (BB) über dem Bundesdurchschnitt von 6,1 %.

In BB erreichen Schülerinnen deutlich höherwertige Abschlüsse als Schüler. 2010 verließen nur 5,8 % der Schülerinnen die Schule ohne Hauptschulabschluss/Berufsbildungsreife, während der Anteil bei den Schülern bei 10,6 % lag. 52 % aller Brandenburger Schülerinnen erwarben 2010 das Abitur. Bei den Schülern liegt im Vergleichszeitraum die Quote unter 45 % (Schuldatenerhebung MBS). Im Studienjahr 2010 lag der Anteil der weiblichen Studienanfängerinnen an allen Studienanfängern bei 53 % (Bundesanteil liegt bei 49,7 %). Gegenüber dem Studienjahr 2009 ist dies ein Plus von 1,4 %.

Neben der allgemeinen Bildung trägt die berufliche Ausbildung zu einem qualifizierten Arbeitskräftepotential bei. Daher ist dem Übergang von der Schule in Ausbildung eine besondere Bedeutung beizumessen. Im Jahr 2011 zeigte sich folgende Einmündung in das berufliche Ausbildungssystem für Brandenburg: Der Anteil duales System liegt bei 52,6 % (Bund 51 %), der des Schulberufsystems bei 29,7 % (20,4 %) und der des Übergangssystems bei 17,7 % (28,6 %). Deutlich weniger Jugendliche landen in Brandenburg im sogenannten Übergangssystem als im Bundesdurchschnitt.

Die Zahl der unversorgten Ausbildungssuchenden ist im Juli 2012 gegenüber dem Vorjahr um 7,1 % gesunken. In der Gruppe der unversorgten Jugendlichen haben rund 4 % keinen Schulabschluss.

Erhebliche Probleme existieren weiterhin bei der Passfähigkeit von individuellen Berufswünschen und betrieblichen Ausbildungsangeboten und -anforderungen, die sich letztlich auf den Ausbildungserfolg niederschlagen. Die Anzahl vorzeitiger Lösungen von Ausbildungsverhältnissen (darunter fallen auch Ausbildungsabbrecher) liegt in BB über dem Bundesdurchschnitt: Sie beträgt im Jahr 2011 insgesamt 29,9% (Anteil vorzeitig gelöster Verträge an allen Neuabschlüssen). Im Vergleich zu 2010 ist ein Zuwachs festzustellen (BB 26,8 %, bundesweit ca. 23 %). Allerdings lag BB damit 2010 leicht unter dem ostdeutschen Wert von 27,6 %.

- b) Probleme und Herausforderungen für die Jahre 2014 - 2020

Die Grundvoraussetzung zur Sicherung des Fachkräftebedarfs und somit von Wohlstand und Wachstum ist ein hohes Bildungsniveau im Land Brandenburg. Hier liegen erhebliche Potentiale, die entwickelt werden müssen. Insgesamt soll eine Steigerung der Qualität der allgemeinen Bildung im primären und sekundären Bereich und der Bildungsbeteiligung erreicht werden. Eine Voraussetzung dafür ist die Verringerung der Schulabbruch- und Ausbildungsabbrecherquote. Eine der zentralen Aufgaben zur Erreichung dieses Zieles ist es, die Kausalität von sozialer Herkunft und Bildungserfolg abzuschwächen. Erfolgreiche Schulbildung ist in Deutschland und teilweise auch im Land Brandenburg nach wie vor zu stark abhängig von der sozialen Herkunft. Dem soll mit systematischen Interventionen begegnet werden, u.a. auch mit breit angelegten präventiven Maßnahmen. Zudem gilt es, gemeinsam mit den Bildungseinrichtungen, den Akteuren der freien und öffentlichen Träger, der Wirtschaft und den Eltern an der Ver-

besserung der Voraussetzungen für die Entwicklung von sozialen, schulischen und beruflichen Kompetenzen zu arbeiten. Die Herausbildung der individuellen Bildungs- und Ausbildungsfähigkeit ist als Prozess zu verstehen. Er beginnt in den frühen Jahren der Kindheit und in der Schulzeit und muss über den Schulabschluss hinaus weiter verfolgt werden, denn junge Menschen an der Schwelle zu Ausbildung, Beruf und Beschäftigung sind in dieser für sie lebensprägenden Phase auf Orientierung und Unterstützung angewiesen. Der Wandel und die kontinuierliche Modernisierung des Arbeitslebens haben den Berufswahlprozess in der kürzeren Vergangenheit unübersichtlicher und komplexer gemacht. Um bildungspolitisch aufzuholen, ist die beste mögliche Förderung aller Kinder, Jugendlicher und jungen Menschen geboten. Insbesondere jedoch müssen gesellschaftlich ausgegrenzte junge Menschen mit psychosozialen Problemen, leistungsverzögerte oder anders beeinträchtigte Jugendliche ihrem individuellen Bedarf entsprechend unterstützt und gefördert werden.

## **2 Bezug zur arbeitspolitischen Strategie „Gute Arbeit für alle und sichere Übergänge“ des MASF**

Im Rahmen der arbeitspolitischen Strategie des Landes werden neben dem Ansatz der guten Arbeit auch sichere Übergänge favorisiert. Individuen werden im Lebensverlauf immer wieder mit Risikosituationen in der Schule und später am Arbeitsmarkt konfrontiert, machen Erfahrungen mit persönlichem Versagen, Arbeitslosigkeit, prekärer Beschäftigung u.a. Um mit Risikosituationen umzugehen, sind die sog. Risikofaktoren, wie geringe Bildung, fehlende Berufserfahrungen, geringe Entlohnung, Krankheit, Erziehungs- und Pflegeaufgaben etc. zu gestalten bzw. zu bewältigen. Erfolgreiche Schulbildung und ein gelingender Übergang von der Schule in Ausbildung (1. Schwelle) sind wichtige persönliche und erwerbsbiografische Schritte. Gerade frühe positive und gelungene Bildungserfahrungen entscheiden maßgeblich über sichere Anschluss- und Aufstiegschancen. Ein hohes Bildungsniveau der Individuen und ein leistungsfähiges Schul- und Ausbildungssystem bieten Möglichkeiten für einen sicheren Übergang der Individuen.

## **3 Aktuelle Aktivitäten und Interventionen**

### **a) Was hat sich bewährt?**

Alle Programme haben grundsätzlich die in sie gesetzten Erwartungen erfüllt. Mit Erfolg werden in der laufenden Förderperiode nachfolgende Programme umgesetzt:

- Integrierte Projekte Jugendhilfe Schule (ein bis drei Standorte pro LK bzw. kreisfreier Stadt) für schulmüde und/oder schulverweigernde Jugendliche; Ziel der Maßnahme: Berufsbildungsreife
- Initiative Oberschule; bedarfsorientierte Kleinprojekte an Oberschulen
  - zur Verbesserung der sozialen Kompetenz der Schülerinnen und Schüler,
  - zur Berufsorientierung der Schülerinnen und Schüler,
  - zur Qualifizierung des Systems Schule (Lehrer/-innenfortbildung, Implementierung multiprofessioneller Arbeitsansätze in der Schule)
- Verbesserung der regionalen/lokalen Kooperation zwischen Schule und Wirtschaft; Berufspädagogische Jugendhilfeprojekte für junge Menschen, die weder von den Ausbildungsangeboten der Betriebe noch von den Maßnahmen der Arbeitsverwaltung erreicht werden; Ziel der Maßnahme: Berufsorientierung und Einmündung in Berufsausbildung oder Beschäftigung
- Zur besseren Berufsorientierung wird jährlich durch das Land der Brandenburger Zukunftstag durchgeführt. Neben dem Kennenlernen von regionalen Berufschancen geht es vor allem darum, das geschlechtsspezifische Berufswahlverhalten aufzubrechen. Eine anhaltend hohe Beteiligung der Ausbildungsbetriebe sowie ein gute Teilnahme durch Schüler und Schülerinnen bestätigen das Interesse auf beiden Seiten.
- Mit der Bündelung der Ausbildungsförderung im Land Brandenburg im Jahr 2011 wurden alle Förderansätze auf den Prüfstand gestellt und entsprechend der veränderten Lage auf dem Ausbildungsstellenmarkt neu ausgerichtet. Mit dem „Programm zur qualifizierten Ausbildung im Verbundsystem“ soll neben der Sicherung der (klein-)betrieblichen Ausbildungsbasis auch die Ausbildungsqualität intensiv verbessert werden. Mit der spezifischen Verbundausbildung sollen unversorgte Ausbildungssuchende verstärkt

in betriebliche Ausbildung integriert werden. Mit dem neuen Förderansatz Lernkompetenzen sollen Unterstützungangebote für leistungsverzögerte Auszubildende an Berufsschulen entwickelt werden, auch das Externe Ausbildungsmanagement trägt zu einer guten Ausbildungsqualität bei.

- Ausbildungsplatzprogramm Ost bot Chancen zur Einmündung in Ausbildung bei einer schwierigen Ausbildungsplatzsituation in Brandenburg bis 2010.

b) Was hat sich nicht bewährt?

Für alle Programme gilt zunehmend stärker, dass der Verwaltungsaufwand im Kontext der ESF-Finanzierung kaum zu bewältigen ist. Die zunehmende Einengung über finanztechnische und bürokratische Vorgaben führt zu geringerer Handlungsfähigkeit, sie schwächt die Reformfreude und birgt das Risiko, die Effektivität der Projekte und die Zielerreichung zu beeinträchtigen.

Für das Programm „Integrierte Projekte Jugendhilfe Schule“ und die daraus abgeleiteten Maßnahmen und Angebote ist festzustellen, dass es gelungen ist, mit Erfolg auf die individuelle Entwicklung der Schülerinnen und Schüler positiv Einfluss zu nehmen. Weniger ist es gelungen, im System Schule Impulse zu setzen, die zu einer nachhaltigen Veränderung des schulischen Angebotes geführt haben. Die Etablierung von „Integrierten Projekten Jugendhilfe Schule“ als reguläres Angebot von Schule und Jugendhilfe ist in BB nur in Einzelfällen gelungen.

Bezogen auf die Zielgruppe der „Integrierten Projekte Jugendhilfe Schule“ hat sich herausgestellt, dass die Beschränkung auf schulverweigernde Schüler/-innen in der Berufsorientierungsphase – also im 9. und 10. Schulbesuchsjahr – in der Praxis zu kurz greift. Schulverweigerndes Verhalten verfestigt sich oftmals bereits beim Übergang von der Grundschule (Primarstufe) in eine weiterführende Schule der Sekundarstufe I.

Mit dem Programm IOS wurde den Oberschulen eine Option für Schulentwicklung und Selbständigkeit von Schule eröffnet. Die Oberschulen haben mit großem Engagement von diesem Angebot Gebrauch gemacht. Der erkennbare Vorzug des Programms - die breite Palette möglicher Projekte und die Vielzahl potentieller Kooperationspartner – erschwert es zugleich, die systematischen Vorzüge des Programmes stärker zu nutzen. Wünschenswert wäre es in der Zukunft, besonders effektive Projekte zu vervielfältigen und eine systematische Verankerung der Erfahrungen mit der Projektarbeit in den Unterrichtsalltag zu sichern.

Die Berufspädagogischen Jugendhilfeprojekte haben sich kontinuierlich weiterentwickelt. Allerdings sind sie in BB nicht auf einem einheitlichen Niveau und teilweise nicht auf dem aktuellen Stand der Fachentwicklung. Die eher traditionellen Angebote bieten berufliche Orientierung in nur wenigen Ausbildungsberufen. Diese sind nicht notwendig mit dem Bedarf der Region abgestimmt und treffen, weil nur ein kleines Spektrum, d.h. nur wenige ausgewählte Berufe in den Maßnahmen angeboten werden können, nicht immer auf die beruflichen Interessen der jungen Menschen.

Entsprechend der Zielsetzung der Ausbildungsförderung sollen insbesondere Kleinst- und Kleinbetriebe bei der Ausbildung unterstützt werden. Nach wie vor ist der Anteil dieser Betriebe in der Ausbildung noch zu gering. Durch die Verbundausbildung sind die Betriebe noch stärker einzubinden. Insbesondere die Ausbildungsqualität in kleineren Betrieben muss künftig noch nachhaltiger unterstützt werden, bspw. bei der Kompetenzentwicklung des betrieblichen Ausbildungspersonals.

#### **4 Schlussfolgerungen für die neue ESF-Förderperiode**

Die durchschnittliche Schulabbrecherquote in der EU auf unter 10 % zu senken, ist eines von fünf Kernzielen der Strategie Europa 2020. Schulabbruch in diesem Kontext beschreibt aber nicht nur junge Menschen, die die Schule ohne Abschluss verlassen. Vielmehr sind alle Formen des vorzeitigen Ausscheidens aus der allgemeinen und beruflichen Bildung gemeint. Schulabbrecher in diesem Sinne sind:

- Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren, die vollzeit- oder berufsschulpflichtig sind und den Schulbesuch aus den unterschiedlichsten Gründen verweigern und
- junge Menschen zwischen 18 und 24 Jahren, die höchstens über einen Abschluss der Sekundarstufe I verfügen und keine weiterführende Schul- oder Berufsausbildung durchlaufen.

Frühzeitige Störungen der kindlichen Entwicklung und Bildung sowie das Fehlen optimaler Förderung wirken besonders nachhaltig und sind im Erwachsenenalter kaum auf- und nachzuholen. Vor diesem Hintergrund hat das Land Brandenburg entschieden, die Schule zu modernisieren und die frühzeitige Trennung und damit die gesonderte Beschulung der Kinder schon in der Grundschule aufzugeben. Die „Inklusive Schule“- so wie sie im Land Brandenburg sukzessive eingeführt wird - hat als hervorzuhebendes Ziel, keine Schülerinnen und keinen Schüler ungeachtet der persönlichen Voraussetzungen auszugrenzen. Alle Kinder, auch mit mehr oder weniger ausgeprägten Handicaps sollen in Brandenburg miteinander, voneinander und zusammen lernen und sind dabei ihrem persönlichen Bedarf entsprechend zu unterstützen und zu fördern. Um zügig den beabsichtigten Umbau der Grundschule zur „Inklusiven Schule“ voranzubringen, benötigen die Grundschulen zusätzliches unterstützendes pädagogisches Personal. Damit kann die für ein solches Vorhaben erforderliche Zusammenarbeit der Schule mit der Jugendhilfe, den sozialen Diensten, der Gesundheit und besonders mit den Eltern sowie die Erarbeitung neuer Konzepte abgesichert werden. Die Einführung des präventiven Konzeptes „Inklusive Schule“ soll mit der Flankierung durch sozialpädagogische Fachkräfte an der Grundschule gestärkt werden. Verbunden mit dieser Weiterentwicklung der Grundschule ist die Erwartung, die Bildungschancen für alle Schüler/-innen, besonders aber für benachteiligte Kinder zu verbessern und einen Beitrag zur Senkung der durchschnittlichen Schulabbrecherquote in der EU auf unter 10 % zu leisten.

Die Brandenburger Schulen sind nach wie vor stark geprägt von traditionellen Lehr- und Lernmethoden. Im Rahmen der Weiterentwicklung des Programms IOS sind schulische Lernprozesse stärker mit Sozialem Lernen, berufsorientierenden Erfahrungen und berufspraktischen Handlungsfeldern zu verknüpfen. Perspektivisch geht es weiterhin darum, neue Lehr- und Lernmethoden in den Unterricht zu implementieren, die sich an den jeweiligen Kompetenzen der einzelnen Schülerin und des einzelnen Schülers orientieren und die an die individuelle Lern- und Lebenssituation angepasst sind. Um solche individualisierten Bildungsangebote – auch mit Blick auf die Vorbereitung inklusiver Schulangebote in der Sekundarstufe I – perspektivisch zu entwickeln, sind entsprechende Schulprojekte in multiprofessionellen Teams umzusetzen. In der bisherigen Programmumsetzung ist es nur teilweise gelungen, Eltern als aktive Partner für den schulischen Bildungsprozess zu gewinnen. Hier ist ein neuer Schwerpunkt zu sehen. Bei der Weiterentwicklung des Programms geht es darüber hinaus - auch unter dem Gesichtspunkt demografischer Entwicklung vor allem im metropolentfernten Raum des Landes - um die Stärkung der Kooperation der einzelnen Schule mit den regionalen gesellschaftlichen Akteuren z.B. der Wirtschaft, der Kinder- und Jugendhilfe, dem Gesundheitswesen etc. Dabei nimmt die Zusammenarbeit der Schulen insbesondere mit der Wirtschaft hinsichtlich der anstehenden Fragen der beruflichen Einmündung der Schüler/-innen und der Fachkräfteentwicklung im Land Brandenburg einen besonderen Stellenwert ein.

Ungeachtet aller Bemühungen, frühzeitig und präventiv Schulabbrüchen zu begegnen, wird es nicht allen Kindern und Jugendlichen gelingen, geradlinig einen Schul- oder Ausbildungsabschluss zu erreichen. Flankierende Angebote, die zweite und dritte Wege aufzeigen und Umwege erlauben, werden auch zukünftig nicht überflüssig. Festzustellen ist, dass die in den vergangenen Jahren auferlegte Beschränkung auf schulverweigernde Schüler/-innen in der Berufsorientierungsphase - also im 9. und 10. Schulbesuchsjahr - zu kurz greift. Schulverweigerndes Verhalten gibt es zunehmend auch schon beim Übergang von der Grundschule in eine weiterführende Schule der Sekundarstufe I. Erfahrungen mit dem Bundesprogramm „Schulverweigerung - die zweite Chance“ zeigen, dass frühere pädagogische Intervention helfen kann, auftretenden schulischen Problemen bzw. einer verfestigten Schulverweigerungshaltung vorzubeugen. Perspektivisch sollen daher die Angebote bereits mit Beginn der Sekundarstufe I in den Jahrgangsstufen 7 und 8 greifen. Eine besondere Herausforderung bei der Weiterentwicklung der Angebote für schulabstinente Schüler/innen besteht darin, einerseits dem Konzept für eine „Inklusive Schule“ gerecht zu werden und andererseits die tatsächlichen Möglichkeiten und den Bedarf dieser jungen Menschen zu berücksichtigen.

Trotz vielfältiger Programme der beruflichen Eingliederung der Arbeitsagenturen und Jobcenter gibt es eine Gruppe junger Menschen, die von diesen Angeboten nicht erreicht wird. Die Lebenskrisen bei diesen jungen Menschen sind i.d.R. sehr komplex und individuell. Die jungen Menschen haben z.B. erhebliche Sozialisationsdefizite, keinen Schulabschluss, zeigen schulaversives Verhalten, sind minderjährige, alleinerziehende Mütter, leben in prekärer finanziellen Lage und/oder sind wohnungslos. Ihre Familienverhältnisse sind zerrüttet, sie sind delinquent und/oder haben psychosoziale Probleme. Für größere Gruppen konzipierte Programme gehen an der Lebenswirklichkeit dieser jungen Menschen vorbei, bieten keine individuelle Lösung und Hilfe an.

Die Förderung dieser Zielgruppe in der Erweiterung auf alle jungen Menschen bis 25 Jahre ohne einen Arbeits- oder Ausbildungsplatz ist zentraler Bestandteil der beschäftigungspolitischen Leitlinien der Strategie Europa 2020. Um diesen jungen Menschen berufliche und gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen, bedarf es offener und flexibler Hilfeangebote und intensiver sozialpädagogischer Unterstützung in kleinen Settings. Trotz dieser Anforderungen an die Maßnahmen dürfen die Projekte nicht als Schonräume ohne gesellschaftliche Einbindung konzipiert sein. Der Arbeitsmarkt und die Nachfrage der Wirtschaft sind unverzichtbare Orientierungspunkte für die Konzeptentwicklung, welche die berufliche Einmündung der Teilnehmer/-innen zum Ziel hat.

Um die Zahl der Schulabbrüche - so wie in der Strategie Europa 2020 gefordert - nachhaltig zu reduzieren, sind Jugendberufshilfemaßnahmen notwendig, die sich den Herausforderungen des neuen Arbeitsmarktes stellen und sich gleichzeitig durch eine hohe Attraktivität für diese jungen Menschen auszeichnen.

Auch wenn der Übergang von Schule in Ausbildung für viele Jugendliche immer besser gelingt, so muss ein Schwerpunkt 2014-2020 in einer erfolgreichen Absolvierung der Ausbildungszeit bestehen. Nicht nur geringe Ausbildungsabbrüche, auch bessere Prüfungsabschlussquoten sind zentrale Zielorientierungen für das berufliche Ausbildungssystem – nur so bleibt es auch für Schulabgänger attraktiv. Voraussetzung für das Gelingen der Berufsausbildung ist eine solide Berufsvorbereitung und gute Berufsorientierung bereits in der Schule. Im schulischen Bereich müssen systematisch abgestimmt wichtige Grundlagen für die Ausbildungsfähigkeit geschaffen werden, dazu gehören die richtige Berufswahl, eine hohe Berufsidentifikation sowie eine motivierte Einstellung bezogen auf die Arbeitswelt. Eine gute Zusammenarbeit zwischen Schule, Berufsschule, Wirtschaft und Kammern kann diese Herausforderungen meistern.